



**Dr. Johann Wadephul**

*Mitglied des Deutschen Bundestages*

**Newsletter 39 vom 21.02.2020**

## **Rechter Terror in Hanau zeigt die Notwendigkeit einer wehrhaften Demokratie**

Bei einer Gewalttat im hessischen Hanau sind in der Nacht insgesamt elf Menschen ums Leben gekommen. Bei aufeinanderfolgenden Angriffen auf drei Lokale an zwei Standorten wurden nach Informationen der Polizei neun Menschen erschossen. Mindestens vier Menschen wurden verletzt. Die ersten Schüsse fielen demnach am Mittwochabend gegen 22 Uhr. Stunden nach dem Verbrechen entdeckte die Polizei die Leiche des mutmaßlichen Todesschützen am frühen Donnerstagmorgen in seiner Wohnung. Die Informationen deuten auf einen Suizid hin. Die Bundesanwaltschaft geht dabei von rechtsradikalen und rassistischen Motiven des mutmaßlichen Täters aus.

### **Meine Meinung**

Die schrecklichen Ereignisse von Hanau haben mich tief getroffen. Nach den schrecklichen Morden des NSU, der Ermordung Walter Lübckes und dem Anschlag auf eine Synagoge in Halle stehen wir in Hanau wieder einem terroristischer Anschlag mit rechtsextremistischen Hintergrund gegenüber.

Diese Tat macht deutlich: Rechtsextremistisches Gedankengut, Rassismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit enden in Gewalt und Terror. Das hat Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Stellungnahme zu den Morden von Hanau vollkommen richtig zur Sprache gebracht.

Bei aller Betroffenheit und Trauer über die Tat müssen wir aber auch anerkennen, dass es in unserer Gesellschaft Akteure gibt, die diese Stimmung anheizen und damit Terroranschlägen und Morden Vorschub leisten. In unseren Parlamenten und auf unseren Straßen versprühen sie ihre vergiftete Ideologie und heizen die angespannte Stimmung an. Das „Vogelschiss-Zitat“ von Alexander Gauland, die Forderung einer erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad von Björn Höcke und das Gerede von Kopftuchmädchen und Messermännern haben das Klima in unserem Land vergiftet und Rechtsradikale ermutigt. 75 Jahre nach Ende des zweiten Weltkrieges gibt es wieder rechten Terror in Deutschland, der unsere Demokratie angreift. Den ideologischen

Nährboden bereitet die AfD, von der wir uns als CDU klar abgrenzen müssen. Dass eine solche Abgrenzung funktioniert, zeigt sich gerade im Kieler Landtag, wo die Umfragewerte für die AfD extrem niedrig sind.

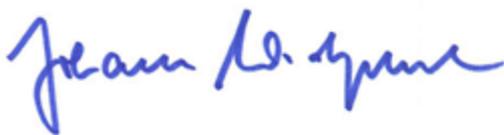
Auch der Staat muss mit aller Macht jedem Terror von Rechtsextremisten und dessen Wegbereitern entgegenreten. Horst Seehofers Reaktion auf den Anschlag von Hanau, in ganz Deutschland die Polizeipräsenz zu erhöhen, war richtig und wichtig. Die Gefährdungslage von rechter Seite durch Nachahmungstäter und Trittbrettfahrer darf nicht unterschätzt werden.

Das löst das Kernproblem natürlich nicht. Unsere Sicherheitsbehörden stehen neuen schwer identifizierbaren Bedrohungen und Akteuren gegenüber, auf die der Staat reagieren muss. Es tauchen zunehmend Attentäter mit rechtsextremer Gesinnung auf, über die kaum oder gar keine Informationen vorliegen. Schon vor Jahren, als Woche für Woche Asylunterkünfte brannten und Flüchtlinge angegriffen wurden, stellte das BKA fest, dass viele Tatverdächtigen zuvor nie im Bereich der politisch motivierten Kriminalität aufgefallen waren. Es braucht daher auch neue Konzepte und Regelungen, die unsere Behörden in die Lage versetzt, auf solche Bedrohungen zu reagieren. Diese Prozesse sind bereits angelaufen und müssen von allen Demokraten aktiv unterstützt werden.

Die CDU, der Partei der Sicherheit, muss hier einen Beitrag leisten. Deutschland hat im Kampf gegen die Terroristen der RAF bewiesen, dass eine wehrhafte Demokratie gegen jede Form des Terrors bestehen und siegen kann. Die wehrhafte Demokratie in Deutschland muss sich erneut bewähren. Dazu braucht es einen konsequenten Schulterschluss aller Demokraten in unseren Parlamenten und unserer Gesellschaft und handlungsfähige staatliche Institutionen, die unsere Demokratie schützen und verteidigen. Dafür werde ich mit aller Kraft kämpfen.

Herzlichst

Ihr



Johann David Wadephul